



## In der Sackgasse namens Lützi

Von Reiner Burger

Kurz hinter Lützerath wird die ehemalige Landstraße abrupt zur Sackgasse. Dahinter tut sich eine riesige Grube auf. Schon viel zu lange frisst sich der Tagebau Garzweiler durch die Landschaft, verschlingt Orte, raubt Menschen die Heimat. Auch der Weiler Lützerath wird noch geopfert. Seit am Mittwoch mit einem Großaufgebot der Polizei die Räumung begann, sind die Abrissarbeiten schneller vorangeschritten als von vielen angenommen.

Lützerath soll der letzte Ort sein, der verschwindet. 2030 und damit acht Jahre früher als bisher vereinbart, ist Schluss mit der Kohleverstromung im Rheinischen Revier. Fünf vom Abriss bedrohte Dörfer bleiben nun doch erhalten, 280 Millionen Tonnen Braunkohle werden nicht mehr gefördert. Robert Habeck und Mona Neubaum, die in Düsseldorf und in Berlin für die Ressorts Wirtschaft und Klimaschutz zuständigen Grünen, haben all das mit dem Energiekonzern RWE ausgehandelt.

Man sollte meinen, die beiden würden von ihrer Partei dafür geschlossen gefeiert. Doch allen voran die Grüne Jugend behandelt sie derzeit wie früher nur ihre schlimmsten „fossilen“ Feindbilder. An der Spitze der Klimarebellen steht Luisa Neubauer, das deutsche Gesicht von Fridays for Future. Die kampagnenbegabte Studentin war maßgeblich daran beteiligt, Lützi wider jede politische und wissenschaftliche Vernunft zum Symbol für die Klimabewegung zu stilisieren. Regelmäßig pilgerte Neubauer nach Lützerath. Am Donnerstag ließ sie sich medienwirksam von der Polizei wegtragen. Was man eben so tut für seine Street Credibility.

Allein, dass sich die beiden grünen Wirtschaftsminister mit dem „Klimakillerkonzern“ RWE überhaupt eingelassen haben, ist für die Klimarebellen schon ein „Sündenfall“. Die Wortwahl macht deutlich, dass es sich wieder einmal um einen grünetypischen quasireligiösen Kampf handelt. Nur dass er diesmal parteiintern ausgefochten wird, weil die Grünen – welche Pointe – selbst Opfer ihres seit je gepflegten Ökopolitismus geworden sind. Womöglich wird Lützerath weniger als Symbol der Klimabewegung in Erinnerung bleiben, sondern als Chiffre eines grünen Zerwürfnisses.

Noch ist schwer abzusehen, was in diesem Konflikt zwischen Klima-Fundis und Energiewende-Realos an Verletzungen und Verherungen bleibt, ob es gar eine ökolinke Abspaltung gibt. Dass eine solche Partei viele Stimmen

bekäme, scheint einstweilen zweifelhaft. Eine neue Qualität wäre vielleicht erreicht, würde die charismatische Luisa Neubauer die Grünen verlassen.

Wie heftig in der Partei gerungen wird, war in aller Ausführlichkeit auf ihrem Bonner Bundesparteitag im Oktober zu besichtigen. Um ein Haar wäre es der Parteijugend gelungen, den RWE-Deal zu kippen. Kaum ein Dutzend Stimmen fehlte, so sehr hatte sich der Mythos Lützerath schon damals verselbstständigt. Mit ihm lässt sich ja auch so herrlich vereinfachen und verkürzen. Neubauer nutzte die Lützi-Projektion in Bonn für eine flamme Abrechnung mit dem „ökologischen Hyperrealismus“ der Regierungsgreenen, die in Zeiten von Ukrainekrieg und Energiekrise in Windeseile Flüssiggasterminals bauen oder stillgelegte Kohlekraftwerke wieder anfahren lassen. „In Lützerath manifestiert sich das große Ganze“, predigte Neubauer. Der Ort stehe für den Bruch des Pariser Klimaabkommens.

Es ist der zentrale Glaubensgrundsatz der Klimaaktivisten: Genau vor Lützerath verläuft die „rote Linie“, an der sich entscheidet, ob Deutschland das 1,5-Grad-Versprechen einhalten könne. Das ist Aberglaube. Denn aus dem Abkommen ergibt sich theoretisch ein CO<sub>2</sub>-Budget für die ganze Welt. Nationale Budgets existieren nicht. Zudem ist die deutsche Klimaschutzpolitik in die Europäische Union eingebunden. Deren wichtigstes Instrument ist der Handel mit begrenzten Emissionsmengen. Emittiert ein Unternehmen weniger, können andere mehr ausstoßen. Unter diesen Gegebenheiten ist es für das Weltklima irrelevant, ob die Kohle unter Lützerath noch verfeuert wird oder nicht.

Luisa Neubauer hat den so wichtigen bürgerlichen Teil der Klimajugendbewegung mit dem Lützi-Mythos in eine Sackgasse geführt. Sie und ihre Mitstreiter denunzieren einen beachtlichen Kompromiss, der mit dem novellierten Kohleausstiegsgesetz im Dezember von einer breiten Mehrheit des Bundestags besiegelt wurde, als „teufelisch“. Die Causa Lützerath ist zudem juristisch komplett durchgefochten. Auch das lässt die Generation Klimanotstand selbstverständlich nicht gelten.

Deshalb ist es nicht übertrieben festzustellen: Mit der Lützerath-Räumung wird auch der Rechtsstaat verteidigt. Nur gut, dass nicht grüne Gesinnungsethiker wie Luisa Neubauer in Land und Bund Verantwortung haben, sondern Verantwortungsethiker wie Robert Habeck und Mona Neubaum.



## Süßer Ruhestand

Von Michaela Wiegel

Die widerspenstigen Gallier sind zurück. In Frankreich zieht Präsident Emmanuel Macron die geballte Wut seiner Landsleute auf sich, weil er sie dazu bringen will, länger zu arbeiten. Nicht bis zum 67. Lebensjahr, wie es in Deutschland schon vor einem Jahrzehnt für die Geburtsjahrgänge von 1964 an beschlossen wurde. Macron will das Renteneintrittsalter von derzeit 62 schrittweise auf 64 Jahre anheben. 2031, wenn in Deutschland die Rente mit 67 zum Regelfall wird, soll sie in Frankreich bei 64 Jahren liegen. Nicht für alle, es soll weiterhin Ausnahmen für bestimmte Berufsgruppen geben; für die Tänzer der Pariser Oper oder für Polizisten, für Leute, die früh angefangen haben zu arbeiten und für besonders schwere körperliche Arbeiten. 64 Jahre! „Brutal“ finden das unisono Gewerkschaften und Oppositionsparteien von der Linkspartei LFI bis zum Rassemblement National. Das bedeute ein Leben „von der Malochke auf den Friedhof“, klagte der CGT-Gewerkschaftschef Philippe Martinez.

Kurz vor dem 60. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages wollen die Gewerkschaften bei einem Protesttag am 19. Januar in seltener Einmütigkeit vorführen, wie wenig sie sich „deutschen Verhältnissen“ annähern wollen. Der schwarze Donnerstag ist schon im Kalender eingetragen, Präsenztermine werden vertagt, Livestreams organisiert.

Es ist mehr als nur ein Klischee: Der Traum vom süßen Ruhestand sitzt fest in den Köpfen der Franzosen. Deswegen werden in der kommenden Woche in ganz Frankreich Züge und Metros stillstehen, Flüge ausfallen, Raffinerien bestreikt und Demonstrationen durch die großen Städte ziehen. Sogar gezielte Stromausfälle sind geplant. Tat-

sächlich stößt die Reform in fast allen Altersgruppen auf starke Ablehnung. Nur die Rentner, die nicht davon betroffen sind, haben mehrheitlich nichts dagegen.

Von demographischen Rechenmodellen, die aufzeigen, dass immer weniger Berufstätige für die Renten aufkommen müssen, lassen sich die meisten nicht überzeugen. Tatsächlich ist die Überalterung der französischen Gesellschaft nicht ganz so dramatisch wie in Deutschland. Aber die Kluft zwischen Erwerbstätigen und Renteneinzählern weitet sich auch in Frankreich. Deutschland hat gegenüber Frankreich den Vorteil, dass die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Die Franzosen scheiden im

Durchschnitt schon im Alter von gut 60 Jahren aus dem Arbeitsmarkt aus. Noch ist indessen nicht entschieden, dass Frankreich jetzt wieder in sozialer Unrast versinkt wie während der langen Gelbwestenproteste. In der Nationalversammlung bahnt sich eine schnelle Entscheidungsfindung an, nachdem die Republikaner ihre Unterstützung zugesichert haben. Premierministerin Elisabeth Borne könnte auch ohne Rückgriff auf den ungeliebten Paragrafen 49.3 die parlamentarische Schlacht gewinnen.

Auf der Straße hingegen dürfte sich der Zorn über den gestohlenen Traum vom frühen Ruhestand noch länger ausbreiten. Nichts deutet jedoch darauf hin, dass Frankreich deswegen am Rande der Anarchie steht. Letztlich sind die Protestzüge, die Tränengaswolken und die grimmigen Gewerkschaftsparolen Teil einer seit Langem eingeübten sozialen Folklore. Sie dienen der Selbstvergewisserung, dass Frankreich seine revolutionären Träume noch nicht ganz aufgegeben hat.

## Organspende fördern

Von Eva Schläfer

Am Montag veröffentlicht die Deutsche Stiftung Organtransplantation die Organspendezahlen für 2022. Sie werden unter denen des Vorjahrs liegen. Dabei sollte doch alles besser werden für die Menschen, die dringend auf ein Organ warten. Just an diesem Montag vor drei Jahren stand im Bundestag eine Richtungsentscheidung an. Die Parlamentarier hatten die Wahl zwischen der Einführung einer Widerspruchsregelung und der Beibehaltung der Entscheidungslösung.

Nur eine Minderheit der Parlamentarier votierte damals für die Einführung einer Widerspruchsregelung, die in fast allen anderen europäischen Ländern gilt und besagt: Grundsätzlich ist jeder Organspender, sofern er oder seine Angehörigen nicht aktiv widersprechen. Alle Länder mit Widerspruchsregelung haben deutlich höhere Spenderzahlen als Deutschland. Der europäische Primus Spanien verteilt viermal so viele Organe.

Hierzulande entschied sich die klare Mehrheit damals für das geltende Verfahren: Nur wer sich zu Lebzeiten aktiv dafür ausgesprochen hat, wird Organspender. Diese Abgeordneten führten vor allem das Recht auf körperliche Unversehrtheit ins Feld, das sie durch die Widerspruchsregelung infrage gestellt sahen, und argumentierten zudem mit dem Selbstbestimmungsrecht des Individuums.

Einig waren sich alle nur, dass sich etwas ändern muss. Deshalb verabschiedeten sie auf Initiative von Annalena Baerbock das „Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende“. Darin wurde die Einrichtung eines bundesweiten Registers beschlossen, in dem alle Bürger ihr Ja oder Nein zur Organspende eintragen,

online oder in Bürgerämtern. Es sollte auch Aufklärungsmaterial zum Thema geben, das die Bürgerämter beim Verlängern des Ausweises aushändigen. Das Versprechen lautete: So werden wir den Organmangel in den Griff bekommen.

Doch dafür müssten diese Instrumente erst einmal zur Verfügung stehen. Das Register war für den 1. März 2022 angekündigt. Fast ein Jahr später ist nicht abzusehen, wann es an den Start gehen kann. Es hakt an vielen Stellen, unter anderem am komplexen Registrierungsverfahren mit elektronischem Personalausweis, Passwörtern und Apps. Ein Register funktioniert aber nur, wenn sich möglichst viele eintragen, das zeigt die Erfahrung aus anderen Ländern. Zudem haben die Gesundheitsminister der Länder gefordert, die Beteiligung der Ausweisstellen ganz zu streichen. Sie befürchten eine Überlastung des Personals.

Die Sache stockt und wird beschwiegen. Eine öffentliche Reaktion des Bundesgesundheitsministeriums gibt es nicht. Von erzürnten Abgeordneten, die beklagen, dass ihr Lösungsweg für den deutschen Organmangel nicht umgesetzt wird, ist gleichfalls nichts zu hören.

Manche Patienten wollen sich diese Apathie nicht mehr gefallen lassen. Eine kleine Gruppe prüft, ob eine Verfassungsklage Erfolg haben könnte. Sie sehen ihr Recht auf Leben, das im Grundgesetz verankert ist, durch die momentane Regelung nicht ausreichend geschützt. Viele Patienten hingegen sind viel zu schwach, um aufzu-begehren. Es wäre an den Abgeordneten, Druck zu erzeugen. Denn nicht nur die Rechte der Spender müssen Beachtung finden, sondern auch die große Not der Kranken, die sich gerade nicht ernst genommen fühlen.

## Kernkraft-Renaissance

Von Morten Freidel

Viele Politiker in Deutschland hofften, dass der Atomausstieg Schule machen würde in Europa. Schon allein, weil er nur dann sinnvoll gewesen wäre. Nach Fukushima ging es in der Debatte immer um den schlimmstmöglichen Unfall. Der wäre für die Deutschen auch dann katastrophal, wenn er in einem Meiler ein paar Kilometer hinter der Grenze passiert. Also sollten am besten alle Reaktoren in der Nähe weg. Es ging den Atomkraftgegnern aber noch um etwas anderes, um einen symbolischen Sieg. Um das Gefühl, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen und früher als andere erkannt zu haben, dass die Zukunft nur ohne Kernenergie gut ist.

Noch heute steckt das in den Aussagen mancher Grüner. Kürzlich etwa sagte Jürgen Trittin, man erlebe „gerade global das Ende der Atomkraft“. Doch das Gegenteil ist wahr. Die Hoffnungen der deutschen Atomkraftgegner haben sich nicht erfüllt. Europa erlebt eine Renaissance der Kernenergie. In dieser Woche kündigte Schwedens Regierung an, mehr Atomkraftwerke zu bauen, auch kleinere, modernere. Belgien verlängerte die Laufzeit zweier Kernkraftwerke um zehn Jahre, Polen plant zwei Meiler, in der Tschechischen Republik sollen ebenfalls welche entstehen. Und in Frankreich konnte von einem Ausstieg ohnehin nie die Rede sein. Die Atomenergie bildet dort schon lange das Rückgrat der Energieversorgung.

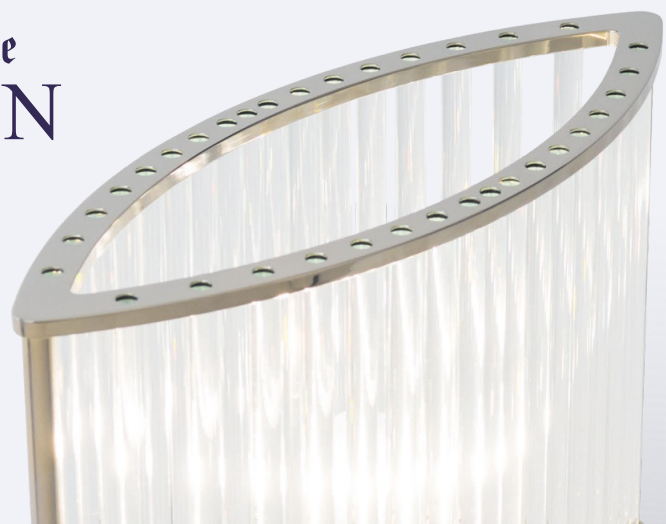
Doch die deutschen Kernkraftgegner wollen davon nichts wissen. Sie führen immer wieder die gleichen Argumente ins Feld, obwohl sie längst widerlegt sind: „Wir machen uns von Russlands Uran abhängig!“ Richtig ist, dass Deutschland jahrelang russisches Uran gekauft hat. Man kann es aber auch aus

anderen Ländern beziehen. „Aber das Endlagerproblem ist ungelöst!“ Richtig, in der Zwischenzeit stirbt allerdings niemand am Atommüll in provisorischen Lagern. Und das, was an abgebrannten Brennstäben dazukommen wird, macht kaum einen Unterschied. „Aber jetzt neue Atomkraftwerke zu bauen kommt für das Klima zu spät!“ Dann wäre es erst recht geboten, alle Meiler in Deutschland wieder ans Netz zu nehmen, bei denen das noch irgendwie geht. Und ist es wirklich so, dass es nichts bringt, neue Atomkraftwerke zu bauen? Warum wollen es dann unsere Nachbarn tun?

Weil es in Wahrheit sie sind, die erkannt haben, was die Zukunft bringen wird. Nämlich eine Welt, in der alle viel mehr Strom verbrauchen, weil mehr Leute mit Elektroautos fahren, ihre Häuser mit Wärmepumpen heizen, und weil die Industrie nicht mehr mit Gas arbeitet, sondern mit Wasserstoff. Alles Dinge, die den Grünen besonders wichtig sind. Sie stellen dafür aber nicht genug Energie bereit. In ihrer Fixierung auf ferne Risiken blenden sie naheliegende aus. Dass Deutschland der Saft fehlen könnte, um seine Energietransformation so ambitioniert zu verwirklichen wie angekündigt. Dass das Stromnetz extremen Schwankungen ausgesetzt wird. Dass Energie zu teuer bleibt.

In der Politik geht es immer darum, abzuwägen. Für die Atomkraft heißt das: Man muss sich fragen, was beherrschbarer ist, eine ungebremste Erderwärmung oder eine Energieform, die Vorsicht gebietet. Man muss sich entscheiden, was wichtiger ist, genug klimafreundliche Energie, oder ausschließlich Energie aus Wind und Sonne, die dann aber nicht für alle reichen könnte. Die Antworten darauf sind einfach. Nur in Deutschland müssen sie noch Gehör finden.

Frankfurter Allgemeine  
SELECTION



## Stilio Tischleuchte

34 hochwertige Massivglasstäbe in einem Aluminium-Rahmen mit glanzvernickelter Oberfläche zaubern stimmungsvolles Licht in jeden Raum.

Seit nunmehr 60 Jahren fertigt Licht im Raum moderne Leuchten in ihrer Manufaktur im Bergischen Land um Wuppertal und fördert ganz bewusst das traditionelle Handwerk der Region.

Sichern Sie sich die F.A.Z. Edition der Manufaktur Licht im Raum Dinneber GmbH für 895 Euro.



faz.net/selection, Info: (069) 75 91-10 10, Fax: (069) 75 91-80 82 52

F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolles Design – exklusiv für F.A.Z.-Leser gefertigt in deutschen Manufakturen und von renommierten Herstellern. Besuchen Sie unseren Online-Shop!

